


Niederschrift der weiterführenden Sitzung des Stadtrates am 28.04.2016

Sitzungsort:	Rathaus, Raum 225, Ratssitzungssaal, Fischmarkt 1, 99084 Erfurt
Beginn:	17:00 Uhr
Ende:	18:51 Uhr
Anwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Abwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
stellv. Stadtratsvorsitzender:	Herr Horn
Schriftführer/in:	

Tagesordnung:

I.	Öffentlicher Teil	Drucksachen- Nummer
1.	Eröffnung durch den Oberbürgermeister	
2.	Änderungen zur Tagesordnung	
9.	Entscheidungsvorlagen	
9.11.	Offizielle Präsenz der Landeshauptstadt Erfurt auf Face- book Einr.: Fraktion CDU	0155/16
9.11.1.	Antrag der Fraktion DIE LINKE. zur Drucksache 0155/16 Offizielle Präsenz der Landeshauptstadt Erfurt auf Face- book	0662/16
9.11.2.	Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen zur Drucksache 0155/16 Offizielle Präsenz der Landeshauptstadt Erfurt auf Facebook	0848/16

9.12.	Änderung der Bedarfsplanung Tageseinrichtungen für Kinder/Tagespflege für den Zeitraum vom 01.03.2016 bis zum 31.07.2017 Einr.: Oberbürgermeister	0157/16
9.12.1.	Antrag der Ortsteilbürgermeisterin Frienstedt zur DS 0157/16 - Änderung der Bedarfsplanung Tageseinrichtungen für Kinder/Tagespflege für den Zeitraum vom 01.03.2016 bis zum 31.07.2017	0541/16
9.13.	Vorhabenbezogener Bebauungsplan ALT681 "Am Johannesufer" - Billigung der Grundzüge der Wettbewerbsauslobung Einr.: Oberbürgermeister	0254/16
9.13.1.	Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN zur Drucksache 0254/16 Vorhabenbezogener Bebauungsplan ALT681 "Am Johannesufer" - Billigung der Grundzüge der Wettbewerbsauslobung	0836/16
9.13.2.	Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen zur Drucksache 0254/16 Vorhabenbezogener Bebauungsplan ALT681 "Am Johannesufer" - Billigung der Grundzüge der Wettbewerbsauslobung	0850/16
9.13.3.	Antrag der Fraktionen SPD und CDU zur Drucksache 0254/16 Vorhabenbezogener Bebauungsplan ALT681 Am Johannesufer - Billigung der Grundzüge der Wettbewerbsauslobung	0861/16
9.14.	Einfacher Bebauungsplan KRV689 "Leipziger Straße / östlich der Bahntrasse", Aufstellungsbeschluss Einr.: Oberbürgermeister	0286/16
9.15.	Vorhabenbezogener Bebauungsplan ILV622 "Wohnquartier Ilversgehofener Platz"; Einleitungs- und Aufstellungsbeschluss Einr.: Oberbürgermeister	0310/16
9.16.	Änderung der "Entgeltordnung der Landeshauptstadt Erfurt über die Erhebung von Elternentgelten und Verpflegungsentgelten in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege" (KitaEO) Einr.: Oberbürgermeister	0401/16

9.17.	Beanstandung des Beschlusses zur Drucksache 1422/15 - Sozialticket 2015 Einr.: Oberbürgermeister	0469/16
9.18.	Beanstandung des Beschlusses zur Drucksache 2869/15 - Zuschuss ADFC Einr.: Oberbürgermeister	0470/16
9.19.	Aussetzung der Nutzungskosten für Bürgerhäuser Einr.: Fraktion CDU	0491/16
9.19.1.	Antrag der Fraktion DIE LINKE. zur Drucksache 0491/16 - Aussetzung der Nutzungskosten für Bürgerhäuser	0664/16
9.21.	Aussetzung und Beanstandung des Verweisungsbeschlusses zur Drucksache 0168/16 - Verkaufsoffener 1. Mai - aus der Stadtratssitzung vom 02.03.2016 Einr.: Oberbürgermeister	0571/16
9.22.	Aussetzung und Beanstandung des Verweisungsbeschlusses zur Drucksache 0367/16 - Ladenöffnung am 1. Mai 2016 - aus der Stadtratssitzung vom 02.03.2016 Einr.: Oberbürgermeister	0572/16
9.23.	Aussetzung und Beanstandung des Verweisungsbeschlusses zur Drucksache 0398/16 - Besonderer Schutz für Familien, Frauen, Kinder und religiöse Minderheiten bei der Unterbringung von Flüchtlingen - aus der Stadtratssitzung vom 02.03.2016 Einr.: Oberbürgermeister	0573/16
9.24.	Beschluss zum Schulinvestitionsprogramm; hier Aussetzung und Beanstandung des Stadratsbeschlusses 0406/16 Einr.: Oberbürgermeister	0580/16
9.25.	Beschluss Begrüßungsgeld; hier Aussetzung und Beanstandung des Stadratsbeschlusses 0416/16 Einr.: Oberbürgermeister	0581/16
9.26.	Änderung der Berechtigung zur Akteneinsicht für Stadtratsmitglieder gem. §17 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Landeshauptstadt Erfurt und seiner Ausschüsse Einr.: Fraktion CDU	0684/16

- | | | |
|---------|--|----------------|
| 9.28. | Einladung der Bürgermeister für den Frieden nach Erfurt
im Rahmen der BUGA 2021
Einr.: Fraktion DIE LINKE. | 0713/16 |
| 9.29. | Wechsel sachkundiger Bürger im Ausschuss Öffentliche
Ordnung, Sicherheit und Ortsteile
Einr.: Fraktion CDU | 0714/16 |
| 9.30. | Verkehrsversuch in der Clara-Zetkin-Straße
Einr.: Fraktion SPD | 0716/16 |
| 9.30.1. | Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN zur
Drucksache 0716/16 Verkehrsversuch in der Clara-Zetkin-
Straße | 0837/16 |
| 9.31. | Kultur und Soziokultur auf städtischen Flächen
Einr.: Fraktion SPD | 0717/16 |
| 9.32. | Sicherung der Möglichkeit einer Radtrasse auf der alten
Bahntrasse von Marbach zum Rieth
Einr.: Fraktion SPD | 0725/16 |
| 9.32.1. | Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen zur Drucksache
0725/16 Sicherung der Möglichkeit einer Radtrasse
auf der alten Bahntrasse von Marbach zum Rieth | 0849/16 |
| 10. | Informationen | |

1. Eröffnung durch den Oberbürgermeister

In Vertretung des Oberbürgermeisters eröffnete Herr Hilge, Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften die weiterführende Stadtratssitzung und begrüßte alle Stadtratsmitglieder, Ortsteilbürgermeister, Pressevertreter sowie Gäste.

Sodann übergab er die Sitzungsleitung an den stellvertretenden Stadtratsvorsitzenden, Herrn Horn.

Herr Horn gab bekannt, dass der Hauptausschuss in der Sitzung am 03.05.2011 beschlossen hat, dass die Aufzeichnung der Stadtratssitzungen im Internet als Live-Stream und eine Speicherung der Daten bis zur nächst folgenden Stadtratssitzung durch die Mediengruppe Thüringen bzw. des durch sie beauftragten technischen Dienstleisters, unter den folgenden Bedingungen erfolgt:

- Die Kameraposition und die technischen Rahmenbedingungen werden vor der jeweiligen Stadtratssitzung durch die für die Presse und Öffentlichkeitsarbeit zuständige Dienststelle festgelegt. Es darf nur der jeweilige Redner am Rednerpult und das Präsidium hinter dem Rednerpult aufgezeichnet werden.
- Eine Aufnahme der Zuschauer-Empore und des Stadtratssitzungssaales ist nicht zulässig.
- Durch die Verwaltung wird der Mediengruppe Thüringen vor Beginn der Stadtratssitzung mitgeteilt, welche Personen einer Übertragung widersprochen haben. In der Sitzung können durch die Stadtratsvorsitzende weitere Personen benannt werden. Diese Personen dürfen nicht gefilmt werden.
- Im Übrigen ist die Mediengruppe Thüringen für die rechtmäßige Live-Übertragung der Stadtratssitzung verantwortlich.

Personen, die nicht aufgezeichnet werden wollen, können dies jederzeit dem stellvertretenden Stadtratsvorsitzenden bekannt geben.

Er fragte daraufhin, ob jemand der Aufzeichnung, soweit der Redebeitrag von Rednerpult aus erfolgt, widerspricht. Widerspruch erhob sich nicht.

Darüber hinaus hat der Hauptausschuss in der Sitzung am 20.10.2015 die Zustimmung erteilt, dass alle Fraktion für die laufende Wahlperiode die Redebeiträge ihrer Mitglieder am Rednerpult im öffentlichen Teil von Stadtratssitzungen in Bild und Ton mitschneiden dürfen.

Die Liste der grundsätzlich genehmigten Journalisten gemäß §15 (6) der Geschäftsordnung liegt in den Fraktionsgeschäftsstellen und der für die Presse und Öffentlichkeitsarbeit zuständigen Dienststelle zur Einsichtnahme für die Sitzungsteilnehmer vor, teilte der stellvertretende Stadtratsvorsitzende weiterhin mit.

Herr Horn gab bekannt, dass zu diesem Zeitpunkt 28 Mitglieder des Stadtrates anwesend waren. Damit war der Stadtrat beschlussfähig, so der stellvertretende Stadtratsvorsitzende.

Letztlich wies er darauf hin, dass keine Pause vorgesehen sei.

2. Änderungen zur Tagesordnung

Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass die Änderungen der Tagesordnung bereits gestern bekannt gegeben wurden.

Zusätzlich sollen folgende Drucksachen auf Antrag des Einreichers vertagt werden:

- TOP 9.11 – Drucksache 0155/16
Offizielle Präsenz der Landeshauptstadt Erfurt auf Facebook
Einr.: Fraktion CDU
- 9.28 – Drucksache 0713/16
Einladung der Bürgermeister für den Frieden nach Erfurt im Rahmen der BUGA 2021
Einr.: Fraktion DIE LINKE.

Weitere Anträge lagen nicht vor.

9. Entscheidungsvorlagen

9.11. Offizielle Präsenz der Landeshauptstadt Erfurt auf Facebook 0155/16
Einr.: Fraktion CDU

siehe TOP 2

vertagt

9.11.1. Antrag der Fraktion DIE LINKE. zur Drucksache 0155/16 0662/16
Offizielle Präsenz der Landeshauptstadt Erfurt auf Facebook

vertagt

9.11.2. Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen zur Drucksache 0155/16 Offizielle Präsenz der Landeshauptstadt Erfurt auf Facebook 0848/16

vertagt

9.12. **Änderung der Bedarfsplanung Tageseinrichtungen für 0157/16**
Kinder/Tagespflege für den Zeitraum vom 01.03.2016 bis
zum 31.07.2017
Einr.: Oberbürgermeister

Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass die Drucksache von allen Ortsteilräten vorberaten und bestätigt wurde, außer die Ortsteilräte Linderbach, Marbach, Sulzer Siedlung und Dittelstedt lehnten die Drucksache ab.

Eine Übersicht mit den Stellungnahmen lag den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vor.

Es lag ein Antrag der Ortsteilbürgermeisterin Frienstedt mit Drucksache 0541/16 vor. Dieser ergänzte die Ursprungsdrucksache um einen weiteren Beschlusspunkt
Die Stellungnahme der Verwaltung lag den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vor.

Dieser Antrag wurde in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 14.04.2016 bestätigt (Ja 6 Nein 3 Enthaltung 0 Befangen 0).

Der Jugendhilfeausschuss bestätigte die Drucksache in seiner Sitzung am 14.04.2016 mit Änderungen (mit dem Antrag der Ortsteilbürgermeisterin Frienstedt – Drucksache 0541/16) (Ja 10 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0).

Zu Beginn erläuterte Herr Kordon, Fraktion CDU, seine Sichtweise zur Drucksache. Hierbei wies er darauf hin, dass seine Fraktion die Berechnung bzw. Zuteilung in die jeweiligen Kitas insbesondere im Hinblick auf die Verteilung von Flüchtlingskindern auf ländliche Gebiete kritisch sehe.

Frau Rothe-Beinlich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, betonte deutlich, dass die zusätzlichen Plätze für Flüchtlingskinder nicht zu Lasten der in Erfurt gebürtigen Kinder gehen. Zudem handelt es sich zunächst um eine Übergangslösung, erklärte sie und bat um Zustimmung.

Herr Möller, Fraktion SPD, wies auf die angespannte Situation hin und warnte davor, mit dem Hintergrund der Schaffung zusätzlicher Plätze für Flüchtlingskinder so zu tun, als ob in den Einrichtungen viele Plätze frei seien. Mit dem Hinweis darauf, dass das Kitabau-Programm kommen wird, sprach er seinen Dank an die Verwaltung insbesondere das Jugendamt und an die freien Träger aus. Abschließend teilte er mit, dass er den Antrag der Ortsteilbürgermeisterin Frienstedt ablehnen werde, da dieser Teil der allgemeinen Berichterstattung sei.

Herr Panse, Vorsitzender der Fraktion CDU, nahm Bezug auf den Antrag der Ortsteilbürgermeisterin Frienstedt und fragte nach, ob die geforderten tatsächlichen Belegungszahlen der Kitas bereits vorliegen und dieses dem Jugendhilfeausschuss zur Kenntnis gegeben werden können.

Die Beantwortung der Verwaltung bat er zu Protokoll zu nehmen.

Hierzu erklärte Frau Dr. Schwiefert, amtierende Leiterin des Jugendamtes: "Das wird möglich sein. Zum 01. August wollen wir das neue Onlineverfahren einstellen und im Rahmen des Online-Verfahrens werden alle möglichen Daten abrufbar werden unter anderem auch die, die Frienstedt erwartet."

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor.

Somit rief der stellvertretende Stadtratsvorsitzende zunächst den Antrag der Ortsteilbürgermeisterin Frienstedt (Drucksache 0541/16), der die Ursprungsdrucksache ergänzte, zur Abstimmung auf.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 16
Nein-Stimmen: 14
Enthaltungen: 3

Damit wurde dieser bestätigt.

Abschließend erfolgte die Abstimmung der Ursprungsdrucksache inkl. der zuvor bestätigten Ergänzung.

mit Änderungen beschlossen Ja 25 Nein 1 Enthaltung 7 Befangen 0

Beschluss:

01

Die Änderung der Bedarfsplanung Tageseinrichtungen für Kinder/Tagespflege für den Zeitraum vom 01.03.2016 bis zum 31.07.2017 wird beschlossen.

02

Der Ortsteilrat fordert, dass die tatsächlichen Belegungszahlen, der Kinder aus geflüchteten Familien, zu den Stichtagen lt. KitaG, den Ortsteilräten zur Kenntnis gegeben werden.

(redakt. Hinweis: Die Anlage des Beschlusses ist der Niederschrift als Anlage 1 beigefügt.)

**9.12.1. Antrag der Ortsteilbürgermeisterin Frienstedt zur DS 0541/16
0157/16 - Änderung der Bedarfsplanung Tageseinrichtungen für Kinder/Tagespflege für den Zeitraum vom 01.03.2016 bis zum 31.07.2017**

bestätigt Ja 16 Nein 14 Enthaltung 3 Befangen 0

**9.13. Vorhabenbezogener Bebauungsplan ALT681 "Am Johannesufer" - Billigung der Grundzüge der Wettbewerbsauslobung 0254/16
Einr.: Oberbürgermeister**

Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt die Drucksache in seiner Sitzung am 19.04.2016 einstimmig bestätigte (Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Es lag ein Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN mit Drucksache 0836/16 vor. Dieser änderte die Anlage der Ursprungsdrucksache.
Die Stellungnahme der Verwaltung lag den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vor.

Es lag ein Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit Drucksache 0850/16 vor. Dieser ergänzte die Anlage der Ursprungsdrucksache.
Die Stellungnahme der Verwaltung lag den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vor.

Weiterhin lag ein Antrag der Fraktionen SPD und CDU mit Drucksache 0861/16 vor. Dieser ergänzte die Anlage der Ursprungsdrucksache.
Die Stellungnahme der Verwaltung lag den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vor.

Herr Dr. Warweg, Fraktion SPD, erläuterte die Intention des gemeinsamen Antrages mit der Fraktion CDU (Drucksache 0861/16) und teilte zugleich mit, dass der Hinweis aus der Stellungnahme der Verwaltung übernommen wird.

Herr Stampf, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN, begrüßte die Bebauung der Fläche, sprach sich jedoch nur für eine Höhe von 12 Geschossen aus. Aus seiner Sicht wäre ein Gebäude mit 16 Geschossen zu hoch.

Herr Kallenbach, Fraktion CDU, führte ebenfalls zum vorliegenden Antrag seiner Fraktion mit der Fraktion SPD aus. Zudem teilte er mit, dass seine Fraktion den Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN ablehnen werde.

Abschließend erläuterte Herr Kanngießler, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Intention des Antrages seiner Fraktion. Zugleich gab er bekannt, dass seine Fraktion den Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN ablehnen und dem gemeinsamen der Fraktionen SPD und CDU zustimmen werde.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht. Somit rief der stellvertretende Stadtratsvorsitzende zunächst den Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN (Drucksache 0836/16), der die Anlage der Ursprungsdrucksache änderte, zur Abstimmung auf.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	4
Nein-Stimmen:	29
Enthaltungen:	0

Damit wurde der Antrag abgelehnt.

Sodann erfolgte die Abstimmung des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drucksache 0850/16), der die Anlage der Ursprungsdrucksache ergänzte.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 30
Nein-Stimmen: 1
Enthaltungen: 2

Damit wurde dieser bestätigt.

Daraufhin ließ der stellvertretende Stadtratsvorsitzende über den Antrag der Fraktionen SPD und CDU (Drucksache 0861/16) in der Fassung der Verwaltung, der die Anlage der Ursprungsdrucksache ergänzte, abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 29
Nein-Stimmen: 3
Enthaltungen: 1

Somit wurde dieser bestätigt.

Abschließend erfolgte die Endabstimmung der Ursprungsdrucksache inkl. der zuvor bestätigten Ergänzungen in der Anlage.

mit Änderungen beschlossen Ja 29 Nein 0 Enthaltung 4 Befangen 0

Beschluss:

Die Grundzüge der Wettbewerbsauslobung gemäß Anlage 1 werden bestätigt.

(redakt. Hinweis: Die Anlage des Beschlusses ist der Niederschrift als Anlage 2 beigefügt.)

9.13.1. Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN zur Drucksache 0254/16 Vorhabenbezogener Bebauungsplan ALT681 "Am Johannesufer" - Billigung der Grundzüge der Wettbewerbsauslobung 0836/16

abgelehnt Ja 4 Nein 29 Enthaltung 0 Befangen 0

9.13.2. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Drucksache 0254/16 Vorhabenbezogener Bebauungsplan ALT681 "Am Johannesufer" - Billigung der Grundzüge der Wettbewerbsauslobung 0850/16

bestätigt Ja 30 Nein 1 Enthaltung 2 Befangen 0

9.13.3. Antrag der Fraktionen SPD und CDU zur Drucksache 0861/16
0254/16 Vorhabenbezogener Bebauungsplan ALT681 Am
Johannesufer - Billigung der Grundzüge der Wettbe-
werbsauslobung

bestätigt mit Änderungen Ja 29 Nein 3 Enthaltung 1 Befangen 0

9.14. Einfacher Bebauungsplan KRV689 "Leipziger Straße / 0286/16
östlich der Bahntrasse", Aufstellungsbeschluss
Einr.: Oberbürgermeister

Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt die Drucksache in seiner Sitzung am 19.04.2016 bestätigte (Ja 7 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0).

Da keine Wortmeldungen vorlagen, erfolgte sogleich die Abstimmung über die Drucksache.

beschlossen Ja 32 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

Beschluss:

01

Für ausgewählte Flächen an der Leipziger Straße östlich der Bahntrasse soll gemäß § 2 Abs. 1 Satz 1 BauGB i.V.m. §9 Abs. 2a und 13 BauGB ein einfacher Bebauungsplan KRV689 "Leipziger Straße / östlich der Bahntrasse" aufgestellt werden.

Der Geltungsbereich wird begrenzt

im Westen durch

die westliche Flurstücksgrenze der Flurstücke Erfurt Mitte - Flur 47 - Flurstück 18/6 und 18/8

die westliche Flurstücksgrenze des Flurstücks Erfurt Mitte - Flur 47 - Flurstück 74

die westliche Flurstücksgrenze der Flurstücke Erfurt Mitte - Flur 48 - Flurstück 8/44 und 8/46

im Norden durch

die nördliche Flurstücksgrenze der Flurstücke Erfurt Mitte - Flur 47 – Flurstück 2/6, 8/37, 8/38 und 71/3

die nördliche Flurstücksgrenze der Flurstücke Erfurt Mitte - Flur 48 - Flurstück 8/44, 8/47 und 8/48

im Osten durch

die westliche Flurstücksgrenze des Flurstücks Erfurt Mitte - Flur 47 - Flurstück 32/1

die östliche Flurstücksgrenze des Flurstücks Erfurt Mitte - Flur 47 - Flurstück 18/6

die östliche Flurstücksgrenze des Flurstücks Erfurt Mitte - Flur 48 – Flurstück 8/48

im Süden durch

die südliche Flurstücksgrenze der Flurstücke Erfurt Mitte - Flur 47 - Flurstück 18/6

die südliche Flurstücksgrenze der Flurstücke Erfurt Mitte - Flur 47 - Flurstück 18/6

die nördliche Flurstücksgrenze der Flurstücke Erfurt Mitte - Flur 47 - Flurstück 18/1, 19/1, 23/4 und 73/4

Mit dem Bebauungsplan werden folgende Planungsziele angestrebt:

- Umsetzung der Ziele des Erfurter Einzelhandel- und Zentrenkonzeptes;
- Erhaltung und Entwicklung zentraler Versorgungsbereiche sowie Sicherung einer verbrauchernahen Versorgung der Bevölkerung durch Ausschluss von weiteren Einzelhandelsbetrieben mit nahversorgungsrelevanten und sonstigen zentrenrelevanten Kernsortimenten der Erfurter Sortimentsliste, die über die Größe des Erfurter Ladens von 200 m² hinausgehen;
- Sicherung eines planungsrechtlichen Bestandschutzes für bestehende legale Einzelhandelsbetriebe;
- Keine Erweiterung der Verkaufsflächen von Einkaufszentren.

02

Der Aufstellungsbeschluss ist gemäß § 2 Abs. 1 Satz 2 BauGB ortsüblich im Amtsblatt der Landeshauptstadt Erfurt bekannt zu machen.

03

Das Verfahren wird im vereinfachten Verfahren gemäß § 13 Abs. 3 BauGB ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB aufgestellt.

(redakt. Hinweis: Die Übersichtsskizze ist der Niederschrift als Anlage 3 beigelegt.)

9.15. Vorhabenbezogener Bebauungsplan ILV622 "Wohnquartier Ilversgehofener Platz"; Einleitungs- und Aufstellungsbeschluss 0310/16
Einr.: Oberbürgermeister

Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt die Drucksache in seiner Sitzung am 19.04.2016 einstimmig bestätigte (Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Da keine Wortmeldungen vorlagen, erfolgte sogleich die Abstimmung über die Drucksache.

beschlossen Ja 33 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss:

01

Dem Antrag auf Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens nach § 12 Abs. 2 BauGB vom 05.02.2016, für das Vorhaben „Wohnquartier Ilversgehofener Platz“ wird gemäß § 12 Abs. 2 Satz 1 BauGB nach pflichtgemäßem Ermessen zugestimmt. Das Bebauungsplanverfahren soll für den in der Anlage 1 dargestellten Bereich eingeleitet werden.

02

Für den Bereich in Ilversgehofen, nördlich der Stollbergstraße und östlich der Magdeburger Allee soll gemäß § 12 Abs. 1 Satz 1 BauGB i. V. m. § 13a Abs. 1 Satz 1 BauGB der vorhabenbezogene Bebauungsplan ILV622 „Wohnquartier Ilversgehofener Platz“ aufgestellt werden.

Mit dem Bebauungsplan werden folgende Planungsziele angestrebt:

- Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzungen zur Errichtung von Wohngebäuden mit gewerblichen und Dienstleistungsfunktionen im Erdgeschoss
- Sicherung einer geordneten städtebaulichen Entwicklung
- Bewältigung möglicher Immissionskonflikte
- Vermeidung einer Beeinträchtigung des Wohnumfeldes im Blockinnenbereich insbesondere durch angemessene Freiraumgestaltung im rückwärtigen Bereich
- planungsrechtliche Umsetzung eines in einem Wettbewerbsverfahren zu entwickelnden Baukonzeptes hinsichtlich Art und Maß der baulichen Nutzung, Bauweise und der überbaubaren Grundstücksflächen
- Sicherung der Erschließung

03

Der Lageplan des Vorhabens (Anlage 2) und die Vorhabenbeschreibung (Anlage 3) als Grundzüge des Vorhabens werden als Grundlage der Wettbewerbsaufgabenstellung und des Bebauungsplanes ILV622 "Wohnquartier Ilversgehofener Platz" unter Maßgabe der vorgenannten im Weiteren zu beachtenden grundsätzlichen Planungsziele gebilligt.

04

Der Bebauungsplan wird als Bebauungsplan der Innenentwicklung gemäß § 13a BauGB im beschleunigten Verfahren ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB aufgestellt.

Auf die frühzeitige Unterrichtung und Erörterung nach § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 BauGB wird gemäß § 13a Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 i. V. m. § 13 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 BauGB verzichtet.

05

Der Einleitungs- und Aufstellungsbeschluss ist gemäß § 2 Abs. 1 Satz 2 BauGB ortsüblich im Amtsblatt der Landeshauptstadt Erfurt bekannt zu machen.

Gemäß § 13a Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 BauGB ist in der Bekanntmachung darauf hinzuweisen, wo sich die Öffentlichkeit über die allgemeinen Ziele und Zwecke sowie die wesentlichen Auswirkungen der Planung unterrichten kann und dass sich die Öffentlichkeit innerhalb einer bestimmten Frist zur Planung äußern kann.

06

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit dem Antragsteller (Vorhabenträger) den erforderlichen Durchführungsvertrag gemäß § 12 Abs. 1 Satz 1 BauGB zur Vorbereitung und Durchführung dieses Bebauungsplanverfahrens abzuschließen.

07

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit dem Vorhabenträger einen städtebaulichen Vertrag (§ 11 Abs. 1 Satz 1 BauGB) abzuschließen, der die Durchführung eines Planungswettbewerbes gemäß RPW 2013 als Einladungswettbewerb durch den Vorhabenträger regelt und festzuschreibt, dass einer der Preisträger des Wettbewerbes vom Vorhabenträger

auf dessen Kosten mit den vollständigen Planungsleistungen bis zur Ausführungsplanung (einschließlich Leistungsphase 4 HOAI) zu beauftragen ist.

(redakt. Hinweis: Die Anlage des Beschlusses ist der Niederschrift als Anlage 4 a – c beigelegt.)

- 9.16. Änderung der "Entgeltordnung der Landeshauptstadt Erfurt über die Erhebung von Elternentgelten und Verpflegungsentgelten in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege" (KitaEO) 0401/16
Einr.: Oberbürgermeister

Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Jugendhilfeausschuss die Drucksache in seiner Sitzung am 14.04.2016 bestätigte (Ja 11 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0).

Wortmeldungen lagen nicht vor. Somit rief der stellvertretende Stadtratsvorsitzende sogleich zur Abstimmung über die Drucksache auf.

beschlossen Ja 33 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss:

01

Die Anlage 1 gemäß Beschlusspunkt 1 des Beschlusses Nr. 0396/14 vom 25.März 2014 - Entgeltordnung der Landeshauptstadt Erfurt über die Erhebung von Elternentgelten und Verpflegungsentgelten in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege – wird wie folgt geändert.

Ziffer 3.3 wird um Satz 2 ergänzt:

"Wird das Kind in Kindertagespflege mehr als 5 Stunden aber höchstens 7 Stunden täglich betreut, so sind 87,5 % des Elternentgeltes einer Ganztagsbetreuung zu zahlen."

02

Die Änderung tritt am Tag nach der Veröffentlichung im Erfurter Amtsblatt in Kraft.

- 9.17. Beanstandung des Beschlusses zur Drucksache 1422/15 - 0469/16
Sozialticket 2015
Einr.: Oberbürgermeister

Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass gemäß der Festlegung unter TOP 2 folgende Drucksachen gemeinsam beraten und getrennt abgestimmt werden (TOP 9.17, 9.18, 9.21, 9.22, 9.23, 9.24 und 9.25)

Zum **TOP 9.17 – Drucksache 0469/16** - Beanstandung des Beschlusses zur Drucksache 1422/15 - Sozialticket 2015 (Einr.: Oberbürgermeister) gab der stellvertretende Stadtratsvorsitzende bekannt, dass die Drucksache in der Sitzung des Hauptausschusses am 05.04.2016 kein Votum erhalten hat und in der Sitzung des Stadtrates am 06.04.2016 vertagt wurde.

Zum **TOP 9.18 – Drucksache 0470/16** - Beanstandung des Beschlusses zur Drucksache 2869/15 - Zuschuss ADFC (Einr.: Oberbürgermeister) gab der stellvertretende Stadtratsvorsitzende bekannt, dass die Drucksache in der Sitzung des Hauptausschusses am 05.04.2016 kein Votum erhalten hat und in der Sitzung des Stadtrates am 06.04.2016 vertagt wurde.

Zum **TOP 9.21 – Drucksache 0571/16** - Aussetzung und Beanstandung des Verweisungsbeschlusses zur Drucksache 0168/16 - Verkaufsoffener 1. Mai - aus der Stadtratssitzung vom 02.03.2016 (Einr.: Oberbürgermeister) gab der stellvertretende Stadtratsvorsitzende bekannt, dass die Drucksache in der Sitzung des Hauptausschusses am 05.04.2016 kein Votum erhalten hat und in der Sitzung des Stadtrates am 06.04.2016 vertagt wurde.

Zum **TOP 9.22 – Drucksache 0572/16** - Aussetzung und Beanstandung des Verweisungsbeschlusses zur Drucksache 0367/16 - Ladenöffnung am 1. Mai 2016 - aus der Stadtratssitzung vom 02.03.2016 (Einr.: Oberbürgermeister) gab der stellvertretende Stadtratsvorsitzende bekannt, dass die Drucksache in der Sitzung des Hauptausschusses am 05.04.2016 kein Votum erhalten hat und in der Sitzung des Stadtrates am 06.04.2016 vertagt wurde.

Zum **TOP 9.23 – Drucksache 0573/16** - Aussetzung und Beanstandung des Verweisungsbeschlusses zur Drucksache 0398/16 - Besonderer Schutz für Familien, Frauen, Kinder und religiöse Minderheiten bei der Unterbringung von Flüchtlingen - aus der Stadtratssitzung vom 02.03.2016 (Einr.: Oberbürgermeister) gab der stellvertretende Stadtratsvorsitzende bekannt, dass die Drucksache in der Sitzung des Hauptausschusses am 05.04.2016 kein Votum erhalten hat und in der Sitzung des Stadtrates am 06.04.2016 vertagt wurde.

Zum **TOP 9.24 – Drucksache 0580/16** - Beschluss zum Schulinvestitionsprogramm; hier Aussetzung und Beanstandung des Stadtratsbeschlusses 0406/16 (Einr.: Oberbürgermeister) gab der stellvertretende Stadtratsvorsitzende bekannt, dass der Hauptausschuss die Drucksache in seiner am 05.04.2016 ablehnte (Ja 1 Nein 4 Enthaltung 0 Befangen 0) und der Stadtrat die Drucksache in seiner Sitzung am 06.04.2016 vertagte.

Zum **TOP 9.25 – Drucksache 0581/16** - Beschluss Begrüßungsgeld; hier Aussetzung und Beanstandung des Stadtratsbeschlusses 0416/16 (Einr.: Oberbürgermeister) gab der stellvertretende Stadtratsvorsitzende bekannt, dass der Hauptausschuss die Drucksache in seiner Sitzung am 05.04.2016 ablehnte (Ja 1 Nein 4 Enthaltung 0 Befangen 0) und der Stadtrat die Drucksache in seiner Sitzung am 06.04.2016 vertagte.

An der gemeinsamen Diskussion zu den Drucksache beteiligten sich (teilweise mehrfach):

- Herr Panse, Vorsitzender der Fraktion CDU,
- Herr Stampf, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN,
- Herr Hilge, Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften,
- Herr Bärwolff, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE.,
- Frau Pablich, Beigeordnete für Finanzen,
- Frau Rothe-Beinlich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
- Herr Prof. Dr. Thumfart, Vorsitzender der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,

- Herr Metz, Fraktion SPD und
- Herr Möller, Fraktion SPD.

Zu Beginn erläuterte Herr Panse seine Sichtweise und kritisierte das Verfahren zum Umgang mit den vorliegenden Drucksachen und Beschlüssen. Dahingehend müsse sich das Landesverwaltungsamt ausgiebig mit den vorliegenden Sachverhalten beschäftigen, betonte er. In seinen Ausführungen ging er auf jede Drucksache ein und erläuterte den Standpunkt seiner Fraktion. Mit Blick auf die Zukunft wünschte er sich mehr Einsicht und einen besseren Dialog zwischen Stadtverwaltung und Stadtrat.

Herr Stampf hinterfragte das Verfahren zum Sozialticket. Hierzu führte Herr Hilge zum Schriftverkehr mit dem Landesverwaltungsamt aus.

Herr Bärwolff nahm Bezug auf die im Hauptausschuss verlesene Protokollnotiz zum Schriftverkehr mit dem Landesverwaltungsamt zum Thema Sozialticket und hinterfragte das weitere Verfahren.

Hierzu erklärte Frau Pablich, dass zeitnah verwaltungsinterne Regelungen für die Refinanzierung gefunden und somit schnellstmöglich eine Information erfolgen werde.

Herr Panse bat um Vorlage der Protokollnotiz vom Landesverwaltungsamt im Hauptausschuss. Dies sicherte Herr Hilge zu.	Drucksache 0905/16
---	-----------------------

Im weiteren Diskussionsverlauf bat Frau Rothe-Beinlich um genaue Aussagen zum Vorgang und weiteren Verfahren mit dem Sozialticket und nahm Bezug auf aktuelle Pressemitteilungen. Daraufhin erklärte Frau Pablich, dass zunächst verwaltungsinterne Absprachen erfolgen und sodann Regelungen bekannt gegeben werden. Eine entsprechende Information zum Ergebnis dessen wurde von Frau Pablich auf Nachfrage von Frau Rothe-Beinlich und Herr Prof. Dr. Thumfart zugesichert.	Drucksache 0906/16
--	-----------------------

Im Anschluss erläuterten Herr Metz und Herr Möller ihre jeweiligen Sichtweisen zu den Drucksachen. Mit dem Hinweis auf das derzeitige Verhältnis zwischen Stadtverwaltung und Stadtrat wiesen sie auf den politischen Willen mitzugestalten ihrerseits hin und sprachen sich für einen gemeinsamen Dialog mit der Verwaltung aus.

Abschließend nahm Herr Hilge Bezug auf die Aussagen seiner Vorredner und stimmte zu, auch von Seiten der Verwaltung in einen solchen Dialog mit den Fraktionen treten zu wollen – auch mit dem Hinblick einer nicht immer herrschenden Einigkeit aber mit der Aussicht einer Lösungsfindung.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor.

Somit rief der stellvertretende Stadtratsvorsitzende zur Abstimmung der einzelnen Drucksache auf.

Zu Beginn erfolgte die Abstimmung zum **TOP 9.17 – Drucksache 0469/16** - Beanstandung des Beschlusses zur Drucksache 1422/15 - Sozialticket 2015 (Einr.: Oberbürgermeister).

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 6
Nein-Stimmen: 27
Enthaltungen: 0

Damit wurde die Drucksache abgelehnt.

Anschließend rief der stellvertretende Stadtratsvorsitzende die **Drucksache 0470/16** – Beanstandung des Beschlusses zur Drucksache 2869/15 - Zuschuss ADFC (Einr.: Oberbürgermeister) - unter **TOP 9.18** zur Abstimmung auf.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 10
Nein-Stimmen: 23
Enthaltungen: 0

Somit wurde diese Drucksache ebenfalls abgelehnt.

Sodann erfolgte die Abstimmung zum **TOP 9.21 – Drucksache 0571/16** - Aussetzung und Beanstandung des Verweisungsbeschlusses zur Drucksache 0168/16 - Verkaufsoffener 1. Mai - aus der Stadtratssitzung vom 02.03.2016 (Einr.: Oberbürgermeister).

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 7
Nein-Stimmen: 26
Enthaltungen: 0

Damit wurde diese Drucksache abgelehnt.

Daraufhin ließ der stellvertretende Stadtratsvorsitzende den **TOP 9.22 – Drucksache 0572/16** - Aussetzung und Beanstandung des Verweisungsbeschlusses zur Drucksache 0367/16 - Ladenöffnung am 1. Mai 2016 - aus der Stadtratssitzung vom 02.03.2016 (Einr.: Oberbürgermeister) abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 7
Nein-Stimmen: 26
Enthaltungen: 0

Somit wurde diese Drucksache ebenfalls abgelehnt.

Weiterhin erfolgte die Abstimmung zum **TOP 9.23 – Drucksache 0573/16** - Aussetzung und Beanstandung des Verweisungsbeschlusses zur Drucksache 0398/16 - Besonderer Schutz

für Familien, Frauen, Kinder und religiöse Minderheiten bei der Unterbringung von Flüchtlingen - aus der Stadtratssitzung vom 02.03.2016 (Einr.: Oberbürgermeister).

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	11
Nein-Stimmen:	21
Enthaltungen:	1

Damit wurde diese Drucksache abgelehnt.

Im Anschluss erfolgte die Abstimmung der **Drucksache 0580/16** - Beschluss zum Schulinvestitionsprogramm; hier Aussetzung und Beanstandung des Stadtratsbeschlusses 0406/16 (Einr.: Oberbürgermeister) unter **TOP 9.24**.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	1
Nein-Stimmen:	32
Enthaltungen:	0

Somit wurde diese ebenfalls abgelehnt.

Abschließend erfolgte die Abstimmung zum **TOP 9.25 – Drucksache 0581/16** - Beschluss Begrüßungsgeld; hier Aussetzung und Beanstandung des Stadtratsbeschlusses 0416/16 (Einr.: Oberbürgermeister).

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	1
Nein-Stimmen:	32
Enthaltungen:	0

Damit wurde diese Drucksache ebenfalls abgelehnt.

abgelehnt Ja 6 Nein 27 Enthaltung 0 Befangen 0

Im Anschluss fuhr der stellvertretende Stadtratsvorsitzende mit dem TOP 9.19 in der Tagesordnung fort.

**9.18. Beanstandung des Beschlusses zur Drucksache 2869/15 - 0470/16
Zuschuss ADFC
Einr.: Oberbürgermeister**

siehe TOP 9.17

abgelehnt Ja 10 Nein 23 Enthaltung 0 Befangen 0

**9.19. Aussetzung der Nutzungskosten für Bürgerhäuser 0491/16
Einr.: Fraktion CDU**

Dieser Tagesordnungspunkt wurde nach der gemeinsamen Beratung unter TOP 9.17 aufgerufen.

Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass die Stellungnahme der Verwaltung den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vorliegt.

Der Stadtrat verwies die Drucksache in seiner Sitzung am 06.04.2016 in den zuständigen Ausschuss.

Der Ausschuss für öffentliche Ordnung, Sicherheit und Ortsteile lehnte die Drucksache in seiner Sitzung am 19.04.2016 ab (Ja 3 Nein 5 Enthaltung 0 Befangen 0).

Es lag ein Antrag der Fraktion DIE LINKE. mit Drucksache 0664/16 vor. Dieser änderte die Ursprungsdrucksache.

Die Stellungnahme der Verwaltung lag den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vor.

Dieser Antrag wurde in der Sitzung des Ausschusses für öffentliche Ordnung, Sicherheit und Ortsteile am 19.04.2016 abgelehnt (Ja 1 Nein 5 Enthaltung 2 Befangen 0).

Vor Beginn der Beratung bat Frau Landherr, ehrenamtliche Beigeordnete, darum die Drucksache an das Ende der Tagesordnung zu verschieben mit der Begründung, dass die Ortsteilbürgermeisterin Marbach, Frau Böhlke, an der Beratung zu diesem Tagesordnungspunkt teilnehmen möchte und auf Grund eines anderen Termin erst später zu der Stadtratsitzung erscheinen könne.

Dagegen erhob sich kein Widerspruch.

Somit gab der stellvertretende Stadtratsvorsitzende bekannt, dass der Tagesordnungspunkt nach dem letzten TOP 9.32 nochmals aufgerufen wird und fuhr zunächst mit dem TOP 9.26 in der Tagesordnung fort.

Nach dem TOP 9.32 wurde dieser Tagesordnungspunkt erneut zur Beratung aufgerufen.

Sodann stellte der stellvertretende Stadtratsvorsitzende fest, dass zu diesem Zeitpunkt nur noch 25 Mitglieder des Stadtrates anwesend waren. Damit war der Stadtrat nicht mehr beschlussfähig, so der stellvertretende Stadtratsvorsitzende.

Daraufhin beendete der stellvertretende Stadtratsvorsitzende gemäß § 5 Abs. 2 der Geschäftsordnung die Sitzung des Stadtrates.

Stadtrat nicht beschlussfähig

- 9.19.1. Antrag der Fraktion DIE LINKE. zur Drucksache 0491/16 - 0664/16
Aussetzung der Nutzungskosten für Bürgerhäuser

Stadtrat nicht beschlussfähig

- 9.21. Aussetzung und Beanstandung des Verweisungsbe- 0571/16
schlusses zur Drucksache 0168/16 - Verkaufsoffener 1.
Mai - aus der Stadtratssitzung vom 02.03.2016
Einr.: Oberbürgermeister

siehe TOP 9.17

abgelehnt Ja 7 Nein 26 Enthaltung 0 Befangen 0

- 9.22. Aussetzung und Beanstandung des Verweisungsbe- 0572/16
schlusses zur Drucksache 0367/16 - Ladenöffnung am 1.
Mai 2016 - aus der Stadtratssitzung vom 02.03.2016
Einr.: Oberbürgermeister

siehe TOP 9.17

abgelehnt Ja 7 Nein 26 Enthaltung 0 Befangen 0

- 9.23. Aussetzung und Beanstandung des Verweisungsbe- 0573/16
schlusses zur Drucksache 0398/16 - Besonderer Schutz
für Familien, Frauen, Kinder und religiöse Minderheiten
bei der Unterbringung von Flüchtlingen - aus der Stadt-
ratssitzung vom 02.03.2016
Einr.: Oberbürgermeister

siehe TOP 9.17

abgelehnt Ja 11 Nein 21 Enthaltung 1 Befangen 0

- 9.24. Beschluss zum Schulinvestitionsprogramm; hier Aussetzung und Beanstandung des Stadtratsbeschlusses 0406/16
Einr.: Oberbürgermeister 0580/16

siehe TOP 9.17

abgelehnt Ja 1 Nein 32 Enthaltung 0 Befangen 0

- 9.25. Beschluss Begrüßungsgeld; hier Aussetzung und Beanstandung des Stadtratsbeschlusses 0416/16
Einr.: Oberbürgermeister 0581/16

siehe TOP 9.17

abgelehnt Ja 1 Nein 32 Enthaltung 0 Befangen 0

- 9.26. Änderung der Berechtigung zur Akteneinsicht für Stadtratsmitglieder gem. §17 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Landeshauptstadt Erfurt und seiner Ausschüsse
Einr.: Fraktion CDU 0684/16

Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass die Drucksache ohne Vorberatung behandelt wird.

Da keine Wortmeldungen vorlagen, erfolgte sogleich die Abstimmung über die Drucksache.

beschlossen Ja 33 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss:

Die Berechtigung der Akteneinsicht für die jeweiligen Dezernate (Wahlperiode 2014-2019) gem. § 17 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Stadtrates wird für die Mitglieder der CDU-Fraktion auf Basis des Beschlusses zur Drucksache 0378/15 und entsprechender Übersicht geändert:

Dezernat	Stellvertreter Neu
Dezernat 03 Bürgerservice und Sicherheit	Andreas Horn (bisher Thomas Pfistner)
Dezernat 04 Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften	Rowald Staufenbiel (bisher Thomas Pfistner)
Dezernat 05 Soziales, Bildung und Kultur	Prof. Dr. Dr. Hans Pistner (bisher Thomas Pfistner)

- 9.28. **Einladung der Bürgermeister für den Frieden nach Erfurt** 0713/16
 im Rahmen der BUGA 2021
 Einr.: Fraktion DIE LINKE.

siehe TOP 2

vertagt

- 9.29. **Wechsel sachkundiger Bürger im Ausschuss Öffentliche** 0714/16
 Ordnung, Sicherheit und Ortsteile
 Einr.: Fraktion CDU

Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass die Drucksache ohne Vorbera-
tung behandelt wird.

Da keine Wortmeldungen vorlagen, erfolgte sogleich die Abstimmung über die Drucksache.

beschlossen Ja 33 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss:

**Das Mandat des sachkundigen Bürgers im Ausschuss für Öffentliche Ordnung, Sicherheit
und Ortsteile für die CDU-Fraktion wird wie folgt geändert:**

neu: Marcelino Granath

alt: Christian Weißenborn

- 9.30. **Verkehrsversuch in der Clara-Zetkin-Straße** 0716/16
 Einr.: Fraktion SPD

Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass die Stellungnahme der Ver-
waltung liegt den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vorliegt und die Drucksache
ohne Vorberatung behandelt wird.

Es lag ein Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN mit Drucksache 0837/16 vor.
Dieser ersetzte die Ursprungsdrucksache.

Die Stellungnahme der Verwaltung lag den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern
vor.

Zudem gab es einen angekündigten Antrag der Fraktion DIE LINKE. auf Verweisung der
Drucksache in den Bau- und Verkehrsausschuss.

Zu Beginn begrüßte Herr Stampf, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN, die Verweisung der
Drucksache in den zuständigen Fachausschuss.

Herr Prof. Dr. Thumfart, Vorsitzender der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, signalisierte seine Zustimmung zur Drucksache und stand einer Testphase für ein halbes Jahr positiv gegenüber.

Frau Dr. Klisch, Fraktion SPD, erläuterte die Intention der Drucksache ihrer Fraktion und bat um Zustimmung, wobei sie eine Verweisung auch mittragen würde.

Herr Stassny, Vorsitzender der Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN, begrüßte die Vorlage, äußerte jedoch gegenüber der Umsetzung seine Bedenken. Eine detaillierte Diskussion im zuständigen Fachausschuss sollte zunächst erfolgen.

Herr Kallenbach, Fraktion CDU, hinterfragte die Drucksache inhaltlich sowie das Vorhaben selbst. Seiner Ansicht nach ergäbe die Reduzierung auf eine Fahrspur eine erhöhte Feinstaubbelastung für die Anwohner.

Daraufhin beantragte Herr Stampf den Abbruch der Beratung gemäß der Geschäftsordnung, wenn sich alle Fraktionen an der Diskussion beteiligt haben.

Sodann warb Herr Blechschmidt, Fraktion DIE LINKE., für die Ausschussverweisung und eine dortige detaillierte Beratung der Thematik.

Vor dem Hintergrund, dass alle Fraktionen von ihrem Rederecht Gebrauch gemacht haben, ließ der stellvertretende Stadtratsvorsitzende über den Geschäftsordnungsantrag von Herrn Stampf auf Abbruch der Beratung abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	20
Nein-Stimmen:	5
Enthaltungen:	4

Damit wurde dieser bestätigt und die Beratung zur Drucksache beendet.

Somit rief der stellvertretende Stadtratsvorsitzende den Antrag auf Verweisung der Drucksache in den Bau- und Verkehrsausschuss zur Abstimmung auf.

Zugleich meldete sich Herr Panse, Vorsitzender der Fraktion CDU, zu Wort und beantragte ebenfalls die Verweisung der Drucksache in den Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben.

Daraufhin wurde über beide Verweisungsanträge gemeinsam abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	25
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	4

Damit wurde die Verweisung der Drucksache in die o. g. Ausschüsse bestätigt.

In Folge dessen beantragte Herr Metz, Fraktion SPD, dass die Drucksache zunächst im Bau- und Verkehrsausschuss und anschließend im Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben beraten werden soll.

Hiergegen erhob sich kein Widerspruch.

Verwiesen in Ausschuss

- 9.30.1. **Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN zur 0837/16**
 Drucksache 0716/16 Verkehrsversuch in der Clara-Zetkin-
 Straße

Verwiesen in Ausschuss

- 9.31. **Kultur und Soziokultur auf städtischen Flächen 0717/16**
 Einr.: Fraktion SPD

Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass die Stellungnahme der Verwaltung liegt den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vorliegt und die Drucksache ohne Vorberatung behandelt wird.

Herr Dr. Warweg, Fraktion SPD, erläuterte die Intention der Drucksache und zeigte sich unzufrieden mit der Stellungnahme der Verwaltung. Der Antrag solle zunächst zum Nachdenken anregen, erklärte er und bat um Zustimmung.

Herr Prof. Dr. Thumfart, Vorsitzender der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, begrüßte die Drucksache und sicherte seine Zustimmung zu.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor. Somit rief der stellvertretende Stadtratsvorsitzende zur Abstimmung über die Drucksache auf.

beschlossen Ja 22 Nein 0 Enthaltung 4 Befangen 0

Beschluss:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, ein vereinfachtes Genehmigungsverfahren für die temporäre Nutzung von städtischen Flächen für temporäre künstlerische oder kulturelle Aktionen zu entwickeln.

- 9.32. **Sicherung der Möglichkeit einer Radtrasse auf der alten 0725/16**
 Bahntrasse von Marbach zum Rieth
 Einr.: Fraktion SPD

Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass die Stellungnahme der Verwaltung den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vorliegt und die Drucksache ohne Vorberatung behandelt wird.

Es lag ein Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit Drucksache 0849/16 vor. Dieser ergänzte die Ursprungsdrucksache.

Die Stellungnahme der Verwaltung lag den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vor.

Zudem lag ein angekündigter Antrag der Fraktion CDU auf Verweisung der Drucksache in den Bau- und Verkehrsausschuss vor.

Zu Beginn erläuterte Herr Dr. Warweg, Fraktion SPD, die Intention der Drucksache und bedankte sich für die positive Stellungnahme der Verwaltung. Weiterhin teilte er mit, dass seine Fraktion den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN übernehmen werde.

Herr Kanngießer, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, begründete den vorliegenden Antrag seiner Fraktion inhaltlich und bat um Zustimmung.

Frau Böhlke, Ortsteilbürgermeister Marbach, schilderte die Situation vor Ort im Ortsteil.

Herr Stampf, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN, begrüßte das Vorhaben, sah jedoch dem Beschlusspunkt 02 kritisch entgegen. Hierzu forderte er die einreichende Fraktion auf, den Beschlusspunkt 02 zurückzuziehen.

Herr Hilge, Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften, führte zu den rechtlichen Bedingungen aus und gab Herrn Stampf Recht hinsichtlich des Beschlusspunktes 02. Dieser sei nicht zielführend, da die Bahntrasse nicht Eigentum der Stadt Erfurt sei. Dahingehend regte er an, den Beschlusspunkt 02 zu streichen.

Daraufhin zog Herr Dr. Warweg im Namen seiner Fraktionen den Beschlusspunkt 02 zurück.

Zugleich schlug Frau Rothe-Beinlich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor, den Antrag ihrer Fraktion als Beschlusspunkt 02 in die Drucksache einzufügen.

Diesen Vorschlag nahm Herr Dr. Warweg an.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, rief der stellvertretende Stadtratsvorsitzende zunächst den Antrag der Fraktion CDU auf Verweisung der Drucksache in den Bau- und Verkehrsausschuss zur Abstimmung auf.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	4
Nein-Stimmen:	22
Enthaltungen:	0

Damit wurde dieser abgelehnt.

Sodann erfolgte die Abstimmung der Ursprungsdrucksache ohne den Beschlusspunkt 02 und inklusive dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (als neuen Beschlusspunkt 02).

mit Änderungen beschlossen Ja 26 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss:

01

Der Stadtrat erklärt seinen politischen Willen, die Möglichkeit der Einrichtung eines Radweges auf der ehemaligen Bahntrasse von Marbach in das Rieth zu erhalten.

02

Die Öffnung des Marbaches soll bei der Planung berücksichtigt werden.

9.32.1. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Drucksache 0725/16 Sicherung der Möglichkeit einer Radtrasse auf der alten Bahntrasse von Marbach zum Rieth 0849/16

bestätigt

10. Informationen

vertagt

gez. Horn
stellv. Stadtratsvorsitzender

gez. 
Schriftführer/in